

Neubau 380-/110-kV-Leitung Raum Lübeck – Siems LH-13-330/LH-13-183

Ergänzende Erläuterung zum Abfang und Umsetzen der
Zauneidechsen (*Lacerta agilis*)

und

Voraussetzungen für eine artenschutzrechtliche
Ausnahme

gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG
für die Zauneidechse

Stand: 27.11.2023

Auftraggeber:



TenneT TSO GmbH
Bernecker Straße 70
95448 Bayreuth



Schleswig-Holstein Netz AG
Schleswig-HeinGas-Platz 1
25451 Quickborn



Gesellschaft für
Freilandökologie und
Naturschutzplanung mbH

GFN

Stuthagen 25
24113 Molfsee
04347 / 999 73 0 Tel.
04347 / 999 73 79 Fax
Email: info@gfnmbh.de
Internet: www.gfnmbh.de

Proj.-Nr. 15_124

Version	Datum	Änderung/Zweck	erstellt	geprüft	Freigabe
1.0	07.03.23	Fassung zur Übergabe an AG, Unterlage jedoch durch geplante Bauausführung zurückgestellt	RauLe	HeChr, WrEgl	WrEgl
2.0	17.08.23	Fassung zur Übergabe an AG an Bauausführung angepasst	RauLe	HeChr	WrEgl
3.0	01.11.23	Anpassungen zur Einreichung beim AfPE, Auftrennung in Erläuterungen und Antrag	RauLe	HeChr	WrEgl
4.0	06.11.23	Einarbeiten rechtlicher QS	RauLe	RauLe	WrEgl
5.0	27.11.23	Einarbeiten Anmerkungen AfPE	RauLe	RauLe	WrEgl

Inhaltsverzeichnis

1	Veranlassung.....	1
2	Ergänzende Erläuterung der beantragten Maßnahme	3
2.1	Durch die Maßnahme zu verhindernde Konfliktlage	3
2.2	Beschreibung der beantragten Maßnahme	4
2.2.1	Fachgerechter Abfang von Zauneidechsen.....	4
2.2.2	Verbringen in geeignete Ersatzhabitate	4
2.2.3	Umsetzung bei langen Zeitabständen zwischen den Mastbaustellen	6
2.3	Ergänzende Maßnahmen bei einer sehr hohen Individuendichte im Abfangbereich	7
2.4	Artenschutzrechtliche Bewertung des Abfangens.....	8
2.4.1	Schutz der Tiere vor Tötung.....	8
2.4.2	Unvermeidbarkeit des Abfangens.....	8
3	Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG.....	9
3.1	Artenschutzrechtliche Konfliktlage.....	9
3.2	Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine artenschutzrechtliche Ausnahme.....	9
3.2.1	Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses.....	10
3.2.2	Alternativlosigkeit	10
3.2.3	Erhaltungszustand der betroffenen Art.....	12
4	Quellenverzeichnis	13
5	Anhang	13
5.1	Karte.....	13

Abkürzungsverzeichnis

Anh.	Anhang
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
FFH-RL	Fauna - Flora - Habitat-Richtlinie der EU
LfU	Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein
LLUR	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
RL SH	Rote Liste Schleswig-Holstein
SH Netz AG	Schleswig-Holstein Netz AG
TTG	TenneT TSO GmbH

1 Veranlassung

Die Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH (GFN) wurde von der TenneT TSO GmbH (TTG) beauftragt, die naturschutzfachlichen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren des Projektes 380-/110-kV-Ostküstenleitung Abschnitt Raum Lübeck – UW Siems zu erstellen. Das Vorhaben ist planerisch bereits weit vorangeschritten. Im Jahr 2022 befanden sich die Planfeststellungsunterlagen in der Offenlage und im Januar 2023 wurden die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen erörtert. Weiterhin wurde 2023 eine umfangreiche Planänderung eingearbeitet und öffentlich ausgelegt. In diesem Verfahren ist ein vorgezogener Baubeginn gemäß § 44c EnWG vorgesehen.

Im Planfeststellungsverfahren sind die artenschutzrechtlichen Vorgaben abzuprüfen und ggf. Maßnahmen zur Vermeidung der Verwirklichung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen festzusetzen. Für die Erstellung der Planfeststellungsunterlagen fanden in den Jahren 2015-2022 diverse faunistische Erfassungen statt. Hierbei wurden die Artengruppen der Vögel, Amphibien, Reptilien und Säugetiere (Haselmäuse, Fledermäuse) untersucht.

Dabei ist zu prüfen, ob es zu einer Verwirklichung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen kommen bzw. ob dies ggf. durch Maßnahmen vermieden werden kann. Einem besonderen Schutz unterliegen hierbei Tier- und Pflanzenarten der Anhänge A oder B der EG-Verordnung Nr. 338/97, des Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG, europäische Vogelarten gem. EU-Vogelschutzrichtlinie sowie Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 BNatSchG aufgeführt sind. Die nach BNatSchG streng geschützten Arten sind in Anhang A der EG-Verordnung Nr. 338/97, in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG oder in einer Rechtsverordnung nach §54 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt.

Von den artenschutzrechtlich relevanten Vorkommen im Plangebiet liegen für die Zauneidechse (*Lacerta agilis*, Art des Anh. IV FFH-RL) artenschutzrechtliche Konfliktlagen vor, denen mit dem Abfang und der Umsetzung der Tiere gemäß Maßnahme VAr12 und AAr1 (Anlage 08.01.02 der Planfeststellungsunterlagen) begegnet wird. Die Durchführung des Abfangens und Umsetzens in Ausgleichsflächen ist, wie im Antrag „Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 44c Abs. 1 EnWG im Rahmen der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach §§ 43 ff. EnWG; Ostküstenleitung Abschnitt „Raum Lübeck-Siems“ (LH-13-330/LH-13-183)“ dargelegt auf den Zeitraum März bis Juni begrenzt und ist somit Teil des vorgezogenen Baubeginns. Diese Unterlage führt detailliertere Erläuterungen zu der im Antrag beschriebenen Maßnahme aus.

Weiterhin ist durch das Abfangen und Umsetzen das Risiko der Tötung von Individuen unter einer besonderen Sachlage nicht ohne Zweifel auszuschließen. Dies betrifft die Baufeldinanspruchnahme und die Nutzung der Flächen als Freileitungs- oder Kabelprovisorium inkl. Verschiebung eines Bestandsmastes. Hintergrund ist, dass die Nutzung der Flächen sich über einen Zeitraum von bis zu 2 Jahren erstrecken kann, das Aufstellen und Warten von Schutzzäunen jedoch über diesen Zeitraum nicht zumutbar ist (z.B. Reparatur von Beschädigungen durch Wild, Sturm, Vandalismus, regelmäßiges Freischneiden) und zudem zu einer erheblichen Sperr- und Barrierewirkung für zahlreiche andere Kleintierarten (Wirbellose, Amphibien, Reptilien, Kleinsäuger) führt. Das Abfangen und Umsetzen der

Zauneidechsen kann aufgrund des Bauablaufs (Schalttermine zum Abschalten der Bestandsleitung) jedoch nicht jährlich stattfinden. Für den Fall, dass beim Abfangen im ersten Jahr sehr viele Individuen eingefangen und umgesetzt werden, ist anzunehmen, dass auch im Umfeld zahlreiche Tiere vorhanden sind und eine erneute Einwanderung von Individuen in die Baufelder stattfindet. Dann wäre eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos gem. § 44 Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG nicht ausgeschlossen. Bei dieser Sachlage wäre eine Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich, über die im Rahmen der Konzentrationswirkung des Planfeststellungsbeschlusses zu entscheiden ist.

Das nachfolgende Dokument begründet daher diesen vorsorglich gestellten Antrag auf Ausnahmegenehmigung fachlich und bewertet die rechtlichen Voraussetzungen einer Ausnahme. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, dann kann im Rahmen des vorzeitigen Baubeginns die Prognose getroffen werden, dass der vorsorglich behandelte Artenschutzkonflikt dem künftigen Planfeststellungsbeschluss nicht entgegensteht.

2 Ergänzende Erläuterung der beantragten Maßnahme

2.1 Durch die Maßnahme zu verhindernde Konfliktlage

Die geplante Maßnahme umfasst die Baufeldfreimachung von mehreren temporären Arbeitsflächen zur Errichtung der Masten und Provisorien, zum Rückbau der Bestandsleitungen sowie zur Verschiebung von Bestandsmasten. Diese Flächen sind in Karte 1 im Anhang dargestellt.

Im Jahr 2017 erfolgten durch die GFN mbH Kartierungen von Reptilien in ausgewählten Probeflächen. Aktuelle AFK-Daten wurden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens abgefragt und außerdem wurde eine Plausibilitätsprüfung zur Aktualisierung der erfolgten Kartierungen durchgeführt. Da weiterhin ein nahezu flächendeckendes Potenzial für die Zauneidechse angenommen wird, ergibt sich aus den älteren Kartierdaten keine in Zweifel zu ziehende Datenlage. Nachfolgend wird das Vorkommen der Zauneidechse in dem hier beantragten Planungsbereich verkürzt wiedergegeben.

Probefläche (PF) 5 und PF 6 befinden sich in unmittelbarer Nähe zu weiteren Arbeitsflächen innerhalb der Waldschneise (Entfernungen < 100 m, vgl. Karte 1). Auf diesen PF wurden Zauneidechsen (*Lacerta agilis*, RL SH 2 (Klinge und Winkler 2019), Art des Anhang IV FFH-RL) nachgewiesen. Auf PF 7 und 9 in der Nähe des UW Siems wurden ebenfalls Zauneidechsen nachgewiesen.

Eine Arbeitsfläche, die etwas weiter (rd. 500 m) von Probeflächen entfernt ist, betrifft Provisorien im Sielbektal nördlich der Bestandsmasten 10/11 und die nördlich gelegene PF 4. Auf der PF wurden Zauneidechsen nachgewiesen.

Im Umfeld der geplanten Kabel- und Freileitungsprovisoriums-Flächen im Sielbektal sind veraltete Zauneidechsen-Nachweise des LLUR/LfU Artkatasters vorhanden (Jahr 2011). Auf den strukturarmen Extensivweiden, die den Großteil der beanspruchten Flächen für die Baufeldfreimachung im Sielbektal ausmachen, ist nur randlich an den Knicks von einem geeigneten Habitat für Zauneidechsen auszugehen. Lediglich im Norden ist eine Hanglage auf einer heterogen strukturierten Extensivweide vorhanden, die ein flächig geeignetes Habitat darstellt. Auf diesem geeigneten heterogenen Lebensraum liegt eine 0,1 ha große Arbeitsfläche für das Baueinsatzkabel (vgl. Karte 1).

Es ist somit aufgrund der Nachweise in den PF sowie der geeigneten Habitatstrukturen nahezu im gesamten östlichen Bereich des geplanten Neu- und Umbaus der Leitungen von Vorkommen der Zauneidechse auszugehen. Während der Bauzeit ist von einem temporären Lebensraumverlust für die Zauneidechse von insgesamt rd. 2,8 ha auszugehen.

Der aktuelle Zeitplan des Vorhabens sieht vor, dass der Planfeststellungsbeschluss im 2. Quartal 2024 ergeht. Zu diesem Zeitpunkt besteht für die Baufeldfreimachung die Gefahr, dass die Zauneidechsen bereits Eier im Boden abgelegt haben, die dann nicht geborgen werden können und bei Baumaßnahmen ebenfalls geschädigt werden würden. Aufgrund des individuell verschiedenen Legebeginns und der schwer vorhersehbaren (temperaturabhängigen) Entwicklungsdauer bis zum Schlupf der Jungtiere sowie der dann erheblich größeren Zahl an abzusammelnden Individuen (Adulte plus Jungtiere) wäre ein weitgehend quantitatives Abfangen dann nur mit unzumutbar großem Aufwand möglich. Das

Baufeld muss für den geplanten Baustart zu diesem Zeitpunkt jedoch vollumfänglich zugänglich sein. Ein fachgerechtes Abfangen der Tiere nach ergangenem Planfeststellungsbeschluss wäre erst im darauffolgenden Jahr möglich und der Baubeginn würde entsprechend verzögert.

2.2 Beschreibung der beantragten Maßnahme

Die Maßnahme soll dazu dienen, die im überplanten Gebiet lebenden Individuen der im Anh. IV FFH-RL gelisteten Zauneidechse aus dem Baufeld abzufangen und in geeignete Ersatzhabitate in der Umgebung umzusetzen, um damit das Risiko von Tötungen der Individuen zu minimieren.

Betroffen sind Flächen, aus denen die Reptilien für den Zeitraum der Bauarbeiten nicht ausweichen können. Dies umfasst Bauflächen und anteilig auch Zuwegungen für den Rückbau der Bestandsleitungen, die Errichtung von Provisorien sowie Neubau-Maststandorten auf mageren Offenlandflächen (v.a. Ruderalflächen und Trockenrasen). In Karte 1 sind die betroffenen Baufelder, für die keine Ausweichmöglichkeit besteht, dargestellt.

2.2.1 Fachgerechter Abfang von Zauneidechsen

Die Flächen werden bis März 2024 mit einem reptiliensicheren Sperrzaun eingezäunt. Zu Beginn der Aktivitätszeit, wenn die Witterung frostfrei ist und die Tiere ihre Winterquartiere verlassen (meist im Zeitraum Ende März bis Ende April) beginnt das Absammeln der Tiere. Ggfs. ist auf einzelnen Flächen eine Mahd notwendig, um das Abfangen zu erleichtern. Die Mahd hat vor dem 01. März stattzufinden, sodass bei der Mahd kein Konflikt mit im Offenland brütenden Vögeln entsteht. Optimalerweise sind durch das Abfangen alle (sub-) adulten Tiere aus der Fläche entfernt, bevor ab Ende Mai/Juni Eier abgelegt werden und im Sommer Jungtiere schlüpfen, die dann ebenfalls abgefangen werden müssen, was somit zu einem deutlich erhöhten Arbeitsaufwand führt. Zudem ist im Frühjahr das Abfangen von Zauneidechsen aufgrund der dann hohen Sonnenbedürftigkeit und freien Exposition der Tiere sowie der noch geringen Vegetationshöhen deutlich effizienter als im Sommer. Erst wenn durch negative Nachweise bei intensiven Nachsuchen an mind. drei aufeinanderfolgenden Terminen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit sichergestellt ist, dass sich keine Zauneidechsen mehr im Eingriffsbereich befinden, wird die Fläche zur Baufeldfreimachung freigegeben. Es finden jedoch mindestens fünf Begehungen der Flächen statt. Das Abfangen geschieht durch Fachpersonal mit jahrelanger Erfahrung im Fangen von Reptilien. Die Zauneidechsen werden nach Beendigung der Baumaßnahmen nicht erneut aus den Ersatzhabitaten abgefangen und zurückgebracht. Eine Wiederbesiedlung der ehemaligen Bauflächen erfolgt durch Zuwanderung aus der Nachbarschaft oder ggf. Rückwanderung der umgesetzten Tiere.

2.2.2 Verbringen in geeignete Ersatzhabitate

Der Flächenbedarf für die Ausgleichsflächen ergibt sich aus der Summe der Baufelder und Zuwegungen an Maststandorten und Provisorien (insg. rd. 2,8 ha). Als geeignete Ersatzhabitate eignen sich die Überspannungsbereiche der geplanten Trasse sowie derzeitigen Bestandstrassen (vgl. Karte 1), da diese durch die Trassenpflege dauerhaft von dichtem Gehölzbewuchs freigehalten werden und grundsätzlich eine Habitatsiegun

Zauneidechsen behalten. Durch die Aufwertung der bisher schattigen bis halbverschatteten Flächen z.B. durch die Schaffung von offenen Sonnplätzen und Versteckmöglichkeiten wird die Habitatkapazität erhöht und ein adäquater Ausgleich erbracht. Gemäß Maßnahmenblatt AAr1 (Planfeststellungsunterlage Anlage 08.01.02) sind hierfür die Mahd und Fällung von Staudenstrukturen und Gehölzbeständen notwendig, das Ausbringen von Saadmischungen sowie in kleinflächigen Teilbereichen der oberflächliche Abtrag von Oberboden zur Schaffung von grabfähigen Eiablageflächen. Der Abtrag von Oberboden und die Entnahme von Gehölzen wird nur in Bereichen durchgeführt, in denen keine Winterquartierseignung besteht, sodass ein Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für die bestehende Zauneidechsenpopulationen in diesen Bereichen ausgeschlossen ist.

Zusätzlich zu den Flächen unterhalb der Bestandsleitungen ist die Aufwertung einer bestehenden Ausgleichsfläche im Osten des UW Siems vorgesehen, auf der sich Trockenrasenbiotope ausgebildet haben, jedoch die Sukzession zu Wald voranschreitet. In Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde Lübeck wird auf dieser bereits von Zauneidechsen besiedelten Fläche die Lebensraumkapazität durch Pflegemaßnahmen erhöht. Dies geschieht ebenfalls über die Freistellung von Sonnplätzen, Bereitstellung von Offenbodenbereichen und indem zusätzliche Versteckmöglichkeiten geschaffen werden. Im Gegensatz zu den temporär geschaffenen Flächen unterhalb der Bestandsleitung ist die Aufwertung auf der bestehenden Ausgleichsfläche östlich des UW Siems als dauerhafte Maßnahme vorgesehen.

Der 1:1 Ausgleich der betroffenen Flächen ist auch dann ausreichend für die Unterbringung der Individuen, falls Bereiche, die als Ausgleichshabitat für die Zauneidechse vorgesehen sind, vereinzelt bereits natürlicherweise von Zauneidechsen besiedelt wurden. Dieser Fall ist durch die bereits von der Schleswig-Holstein Netz AG durchgeführte Trassenpflege unterhalb der Bestandsleitungen denkbar. Im Rahmen der Trassenpflege wurden Gehölze entfernt und somit weitere, potenziell als Lebensraum geeignete, halboffene Bereiche geschaffen.

Als Orientierungswert wird in Schneeweiß et. al. (2014) die Besiedlungsdichte von guten Habitaten auf max. 100 subadulte und adulte Tieren pro ha besiedeltes Habitat geschätzt. Es ist nicht davon auszugehen, dass jedes der betroffenen Baufelder diesen Wert erreicht. Als Beispiel ist hier die Fläche nördlich der Bestandsmasten 10/11 im Sielbektal zu nennen: Durch ihre Hanglage sowie die angrenzenden Knicks ist sie anteilig beschattet, auf dieser Teilfläche ist daher eine etwas geringere Habitateignung im Vergleich zu der angrenzenden Fläche hangaufwärts anzunehmen. Dementsprechend ist auf dem hier als Beispiel herangezogenen 0,1 ha großen Baufeld von einer deutlich geringeren Anzahl an Individuen auszugehen (bis zu rd. 5 Individuen statt der 10 gem. obiger Schätzung). Auf anderen betroffenen Baufeldern liegt ebenfalls keine durchgängig optimale Ausstattung des Habitats vor. Zu bedenken ist, dass die Ausgleichsflächen zudem bspw. durch die Schaffung von Versteckmöglichkeiten weiter aufgewertet werden und die Lebensraumkapazität daher steigt. Somit wird davon ausgegangen, dass der 1:1 Ausgleich auch bei vereinzelter Besiedelung der Ausgleichsflächen ausreichend ist.

Wird wider Erwarten eine sehr große Anzahl von Zauneidechsen (näherungsweise > 5 Individuen auf bis zu 0,1 ha großen Flächen und >20 Individuen auf bis zu rd. 1-1,5 ha großen Flächen) abgefangen und liegt zusätzlich der Fall vor, dass die Lebensraumkapazität der Ausgleichshabitate aus fachgutachterlicher Sicht nicht ausreicht, erfolgen in Rücksprache mit

dem LfU ergänzende Maßnahmen (s. Kap. 2.3). Zudem wird für diesen Fall ein Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG gestellt (s. Kap. 3).

2.2.3 Umsetzung bei langen Zeitabständen zwischen den Mastbaustellen

Nach dem Abfangen und dem Umsetzen von Zauneidechsen aus einem Baufeld besteht die Gefahr, dass in der Folge Individuen aus der Umgebung wieder in das Baufeld einwandern. Dies kann im Grundsatz durch das Aufstellen von Sperrzäunen verhindert werden.

In dem Bereich, wo die Neubaumasten innerhalb der Bestandsleitungstrassen errichtet werden, müssen die Bestandsleitungen für den sicheren Rückbau abgeschaltet werden, was aus netztechnischer Sicht sehr aufwändig ist. Die dafür vergebenen Schaltungstermine werden für die Gewährleistung der ununterbrochenen Stromversorgung wahrscheinlich so vergeben, dass größere Zeitabstände zwischen den Arbeiten liegen.

Bei langen Pausen zwischen den Arbeiten würde das dazu führen, dass die Reptilienzäune über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren in ihrer Funktionalität gesichert werden müssen. Eine derart lange Standzeit der Zäune ist in der Umsetzung nicht zumutbar und auch nicht realistisch und wäre auch aus ökologischer Sicht aufgrund der allgemeinen Zerschneidungswirkung dieser Zäune auch für andere Kleintiere (s. Darlegung der Alternativlosigkeit in Kap. 3.2.2) nicht sinnvoll.

In diesen Fällen, d.h. sofern nicht im Anschluss an das Abfangen mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, werden die Zäune nach dem Abfangen abgebaut.

Wurden nur wenige Individuen abgefangen oder wenn es sich um einen nur im Abfangbereich als Zauneidechsen-Lebensraum geeigneten Bereich handelt, erfolgen keine weiteren Maßnahmen. Das Ausbleiben weiterer Maßnahmen ist hier gerechtfertigt, da die Individuen durch die Aufwertung des (Ersatz-) Lebensraumes in den Ausgleichsflächen keinen Anlass zur Abwanderung in die Baufelder haben. Zauneidechsen sind im Grundsatz sehr standorttreu und weisen entsprechend kleine Streifgebiete auf. Bei wenigen Tieren bzw. geringen Populationsdichten ist die Wahrscheinlichkeit einer Abwanderung entsprechend gering.

Das verbleibende Restrisiko der Schädigung von Tieren ist nicht als Verbotstatbestand gem. § 44 Abs.1 (1) BNatSchG i.V.m. § 44 Abs. 5 BNatSchG zu werten, da keine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos vorliegt. Die ständige Rechtsprechung sieht keinen Schutz für jedes einzelne Individuum vor (vgl. BVerwG 9 A 9.15 vom 28. April 2016, Rn. 141), d.h. ein „Nullrisiko“ muss nicht gewährleistet sein. Es müssen vielmehr vorhabenbedingt besondere Umstände hinzutreten, die auf eine signifikante Gefährdungslage hindeuten. Allgemeine, d.h. für die in der vom Menschen geprägten Kulturlandschaft lebenden Tiere „üblichen Lebensrisiken“ fallen nicht unter die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände.

Wird beim Abfangen jedoch eine sehr hohe Anzahl an Individuen umgesetzt, ist dies als Indiz zu werten, dass auch in den angrenzenden Flächen eine größere Zahl an Individuen lebt, sofern die Habitatstruktur vergleichbar ist. Dann ist davon auszugehen, dass die Kapazitätsgrenzen der Habitate bereits erreicht sind und auch durch Aufwertungen nur noch geringe Verbesserungen möglich sind. Zudem steigt das Risiko, dass auch eine signifikante Anzahl an Tieren zurück in die Baufelder einwandert, wenn die Schutzzäune dort zurückgebaut werden mussten. Wird also - in Hinsicht auf die bisherigen Ergebnisse der Kartierungen wider Erwarten - eine große Anzahl an Individuen abgefangen, erfolgt in Rücksprache mit dem LfU

die Umsetzung weiterer ergänzender Maßnahmen (s. Kap. 2.3), die eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Art verhindern (FCS-Maßnahme).

Für diese Maßnahmen wird ein vorsorglicher Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG gestellt (s. Kap. 3).

2.3 Ergänzende Maßnahmen bei einer sehr hohen Individuendichte im Abfangbereich

Stellt sich heraus, dass beim Abfangen eine sehr hohe Anzahl an Zauneidechsen abgefangen oder gesichtet wird (näherungsweise > 5 Individuen auf bis zu 0,1 ha großen Flächen und > 20 Individuen auf bis zu rd. 1-1,5 ha großen Flächen) und liegt zusätzlich der Fall vor, dass die Kapazität der Ausgleichshabitate nicht ausreicht, werden folgende ergänzende Maßnahmen durchgeführt, um eine Verschlechterung des Erhaltungszustands zu verhindern.

Von der Umsiedlung in weiter entfernte Habitate wird abgesehen, da in der Literatur berichtet wird, dass die Maßnahme oft mit hohen Verlusten an Individuen einhergeht (Schneeweiß et al. (2014)).

1. Vermeidungsmaßnahme: Zwischenhälterung

Der Anteil der Tiere, der die oben beschriebenen Grenzwerte für die Flächen übersteigt wird nicht auf den Ausgleichsflächen verbracht sondern für den Zeitraum der Bauaktivitäten zwischengehält. Die GFN mbH hat langjährige Erfahrungen mit der Hälterung und Zucht von Zauneidechsen in speziell konzipierten Freilandterrarien im Rahmen von Wiederansiedlungsvorhaben. Nach Abschluss des Baus können die Tiere aus den Terrarien (ggf. mit ihren Nachkommen) wieder in ihre ursprünglichen Lebensräume verbracht werden. Hierdurch wird vermieden, dass ein großer Anteil der Tiere aus den Ausgleichsflächen in die Bauflächen abwandert, da die Lebensraumkapazität nicht überschritten wird.

2. FCS Maßnahme: Nachzucht und Aussetzung

Ist die Zwischenhälterung nicht möglich, so wird im Anschluss an die Bauarbeiten eine Nachzucht der Tiere durchgeführt. Hierfür wird eine kleine Zuchtgruppe der Natur entnommen und in Freilandterrarien gehalten. Die Eier werden geborgen und in Brutschränken ausgebrütet. Aufgrund der nahezu vollständigen Reduzierung natürlicher Mortalitätsfaktoren (v.a. ungünstige Witterung bei der Inkubation, Prädation) können auf diese Weise zahlreiche Jungtiere erzeugt werden. Je Weibchen liegt die Zahl zwischen 10-25 Jungen (bei in der Regel 2 Gelegen mit jeweils 6-12 Eiern). Aus einer Zuchtgruppe mit z.B. 5 Weibchen und 2 Männchen könnten so binnen 2 Jahren weit über hundert Jungtiere entstehen. Die nachgezüchteten Individuen können dann in den ursprünglichen Lebensräumen ausgesetzt werden, sodass der Erhaltungszustand der lokalen Population sich nicht verschlechtert. Der Erfolg dieser FCS-Maßnahme wird über ein Risikomanagement sichergestellt, d.h. es werden ein paralleles Monitoring und ggfs. Änderungen an der Maßnahme (z.B. beim Aussetzen oder den Haltungsbedingungen) bei Nichterfolg durchgeführt. Es liegen aber langjährige positive Maßnahmen mit der Umsetzung dieser Maßnahme vor.

2.4 Artenschutzrechtliche Bewertung des Abfangens

Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist auch das Fangen von unter das Besondere Artenschutzrecht fallenden Individuen verboten. Nach § 44 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG gilt das Verbot des Fangens wild lebender Tiere nicht, wenn eine erforderliche Maßnahme durchgeführt werden muss, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung gerichtet ist und die Beeinträchtigungen der Tiere in diesem Zusammenhang unvermeidbar sind.

2.4.1 Schutz der Tiere vor Tötung

Das Abfangen dient der Vermeidung des unvermeidbaren Tötens von Individuen oder Fortpflanzungsstadien (Eiern) der Zauneidechse. Aufgrund der besonderen Lebensweise der Art - Überwinterung versteckt im Boden, witterungsabhängige Aktivität (bei kühler Witterung verstecken sich die Tiere auch im Sommer oft über mehrere Tage, z.T. mehrfache Eiablage im Zeitraum Mai bis Juli versteckt im Boden, Beginn der Winterruhe der adulten Männchen ab August - sind keine Zeitfenster vorhanden, die einen konfliktarmen Bau mit Bodeneingriffen ermöglichen. Das Abfangen ist damit die am besten geeignete Maßnahme zum Schutz der Individuen bzw. der Lokalpopulation.

2.4.2 Unvermeidbarkeit des Abfangens

Der Schutz der sich potenziell auf den Flächen befindlichen Zauneidechsen kann durch keine andere Maßnahme befriedigend sichergestellt werden. Eine Bauausschlusszeit, die die gesamte Aktivitätszeit der Zauneidechse umfasst sowie Bodeneingriffe zur Eiablage (Mai bis Juli) und Überwinterung (je nach Witterung August/September bis April) ausschließt, würde nahezu das gesamte Jahr abdecken und die Bauarbeiten extrem verzögern bzw. verlängern. Dies stellt somit keine zumutbare Maßnahme dar.

Ein Abfangen der Tiere über den Verlauf des Sommers ist wenig effizient und fachlich unzureichend. Zum einen wird die Gehölzstruktur im Verlauf des Sommers immer dichter und hochwüchsiger, was das Sichten und Abfangen erschwert. Nach erfolgter Eiablage können dann zudem in Abhängigkeit von der Witterung bis in den September zahlreiche Jungtiere schlüpfen, die ebenfalls kontinuierlich abgefangen werden müssten. Ab August graben sich die adulten Männchen bereits wieder um Winterschlaf ein und können dann nicht mehr geborgen werden. Abgesehen vom unzumutbar hohen personellem und logistischem Aufwand dieser Maßnahme ist ein effizientes Abfangen nicht gewährleistet. Daher würde auch dieses Vorgehen in Hinsicht auf die Verbotstatbestände des. § 44 Abs. 1 BNatSchG keineswegs konfliktärmer sein und stellt somit keine Alternative dar.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass durch das geplante Abfangen und Umsetzen der Individuen der Verbotstatbestand gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 44 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG nicht verwirklicht wird.

3 Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG

3.1 Artenschutzrechtliche Konfliktlage

Artenschutzrechtliche Konfliktlagen, die sich nach der Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses durch (zumutbare) Maßnahmen nicht lösen lassen, ergeben sich auf den Flächen ausschließlich für die in Anhang IV der FFH-RL gelistete Art Zauneidechse (*Lacerta agilis*). Wie in Kap. 2.2 aufgeführt, müssen die Schutzzäune abgebaut werden, wenn nicht im Anschluss an das Abfangen mit den Bauarbeiten begonnen werden kann und eine Standzeit der Zäune von 1-2 Jahren zu erwarten wäre.

Wird beim Abfangen eine sehr hohe Anzahl an Individuen umgesetzt, ist davon auszugehen, dass trotz des Umsetzens der Maßnahmen aus Kap. 2.3 viele Individuen zurück in die nicht abgeäunten Baufelder einwandern können. In diesem Fall kann eine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos gem. § 44 Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG nicht sicher ausgeschlossen werden und das Tötungs- und Verletzungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird verwirklicht. Dieser Sachverhalt tritt jedoch nur ein, wenn von einer hohen Rück- bzw. Einwanderungsquote von Individuen in das Baufeld auszugehen ist. Die Daten, um dieses Risiko zu überprüfen, werden im März-Juni 2024 während des Abfangens ermittelt.

Die Konfliktlage wird daher bereits vorsorglich zur Vermeidung der Verzögerung des Baustarts im Juni 2024 im Rahmen des vorgezogenen Baubeginns vorgestellt, da die für eine Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlichen Voraussetzungen bereits zum jetzigen Stand vorgetragen werden können. Sie werden nachfolgend im Einzelnen dargelegt. Zugleich wird damit dargelegt, dass die mögliche Konfliktlage dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses nicht entgegensteht.

3.2 Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine artenschutzrechtliche Ausnahme

Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme finden sich in § 45 Abs. 7 BNatSchG. Demnach können die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden von den Verboten des § 44 im Einzelfall Ausnahmen zulassen

1. zur Abwendung ernster land-, forst-, fischerei oder wasserwirtschaftlicher oder sonstiger ernster wirtschaftlicher Schäden,
2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,
3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,
4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder
5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn

- zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und
- sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitergehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Absatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 2009/147/EG sind zu beachten.

3.2.1 Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses

Von den genannten Gründen in § 45 Abs. 7 BNatSchG ist im vorliegenden Fall der Punkt 5 einschlägig. Das Vorhaben Neubau 380 - Leitung Raum Lübeck – Siems ist unzweifelhaft im öffentlichen Interesse, da die Notwendigkeit im aktuellen Netzentwicklungsplan vom 14. Januar 2022 (NEP 2022) erneut bestätigt wurde und als Vorhaben Nr. 42 im Bundesbedarfsplan aufgeführt wird.

Gem. § 1 Abs. 1 BBPIG bestehen für die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf. Die Realisierung dieser Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Das überragende öffentliche Interesse an der zeitnahen Umsetzung des Vorhabens überwiegt hier die naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Nachteile, die mit der Erteilung der Ausnahme verbunden sind. Im Falle der hohen Anzahl von Individuen ist von einer großen (Teil-)Population auszugehen, deren Erhaltungszustand durch die mutmaßliche Tötung von einzelnen in die Baufelder gelangenden Tieren nicht verschlechtert wird (vgl. Kap. 3.2.3).

Zwingende Gründe liegen vor, da der beschleunigte Ausbau der Energienetze im Zuge der Transformation der Energieversorgung in Richtung Erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Gemäß der Vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz soll der Bau bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein. Das Abbauen der Zäune sowie ein erneutes Abfangen von Individuen in 2025 stellt wie im folgenden Kapitel gezeigt, keine Alternative dar. Ein Unterbrechen der Bauarbeiten zum erneuten Abfangen im Zeitraum März bis Juni 2025 würde zu signifikanten Verzögerungen des Bauablaufs bzw. der Inbetriebnahme führen.

3.2.2 Alternativlosigkeit

Nach § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG darf eine Ausnahme nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind. Für die artenschutzrechtliche Alternativenprüfung gelten im Ansatz vergleichbare Grundsätze wie für diejenige im Rahmen der gebietsschutzrechtlichen Beurteilung nach § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG. Eine Alternativlösung setzt voraus, dass die zulässigerweise verfolgten Planungsziele trotz hinnehmbarer Abstriche auch mit ihr erreicht werden können. Die Null-Variante, d.h. der Verzicht auf das Vorhaben, kommt daher als zumutbare Alternative von vornherein nicht in Betracht; dies wird zudem durch den gesetzlichen Auftrag der Umsetzung des Vorhabens Nr. 42 des Bundesbedarfsplans unterstrichen.

Durch das zusätzliche Kriterium der Zumutbarkeit wird dem unions- und verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprinzip Rechnung getragen. So darf das dem Vorhabenträger zugemutete Maß an Vermeidungsanstrengungen nicht außerhalb jedes

vernünftigen Verhältnisses zu dem damit erzielbaren Gewinn für die betroffenen Schutzgüter stehen.

Der Schutz der sich potenziell auf den Flächen befindlichen Zauneidechsen kann durch keine andere (zumutbare) Maßnahmen als das Abfangen und Umsetzen im März-Juni 2024 mit einer ergänzenden Zwischenhalterung und ggfs. Nachzucht befriedigend sichergestellt werden.

Die in Kap. 2.2.3 dargelegte lange Standzeit der Reptilienschutzzäune müsste unter regelmäßigen Kontrollen, mit hoher Frequenz durchgeführt, gewährleistet werden, da z.B. durch Wetterereignisse oder Wildwechsel die Zäune mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit beschädigt werden. Auch sind die daraus resultierenden Zerschneidungswirkungen für andere Kleintierhabitate (z.B. Wirbellose, Kleinsäuger, Amphibien) als zusätzliche negative Auswirkungen zu nennen. Weil in einigen Bereichen auch öffentliche Wege gequert werden (siehe Karte 1) ist außerdem von einem Umreißen der Zäune durch menschliche Aktivitäten auszugehen bzw. es würden Lücken entstehen, die für Tiere überwindbar sind.

Weiterhin wird im Naturschutzgebiet „Sielbektal, Kreuzkamper Seenlandschaft und umliegende Wälder“ die Beweidung der Fläche durch Rinder, die die gesetzlich geschützten Grünland-Flächen erhalten, unterbunden bzw. eine Aufrechterhaltung der Schutzfunktion des Zaunes ist dort wegen Vertritt nicht möglich. Der Aufwand der regelmäßigen Kontrolle und das Ersetzen der Zäune sowie das Einstellen der Pflege der Flächen und das Absperren der öffentlichen Wege über rd. 1-2 Jahre stehen nicht im Verhältnis zum Ziel der Maßnahme.

Ein Unterbrechen der Baumaßnahmen und erneutes Absammeln eventuell neu in die Baufelder eingewanderter Zauneidechsen im Jahr 2025 führt, aufgrund der in Kap. 2.2.1 bereits dargelegten Biologie der Art von März bis Juni erforderlich, zu nicht hinnehmbaren Verzögerungen im Bauablauf. Schalttermine zum Abschalten der Bestandsleitung können nicht frei gewählt werden, sondern werden langfristig geplant und nur in engen Zeitfenstern vergeben. Erst im Anschluss an das Abschalten der Leitungen können jedoch Rück- und Neubau durchgeführt werden. Dass ein zweites Zeitfenster zum Abschalten der Leitungen so erteilt wird, dass im Zeitraum von März – Juni 2025 erneut abgefangen werden kann, ist nicht wahrscheinlich.

Eine Umsiedlung in weiter entfernte Gebiete, die eine Rückwanderung unwahrscheinlicher machen, ist gemäß Schneeweiß et al. (2014, S. 18) meist wenig erfolgreich: „Bei einer Umsiedlung werden Tiere in einen ihnen fremden Lebensraum gebracht, entsprechend leiden sie unter erheblichem Stress. Eine Umsiedlung von Reptilienbeständen ist schwierig und scheitert oft, selbst bei gelungenen Umsiedlungen sterben zahlreiche Tiere [...]“. Das Umwandeln von Acker- oder Grünflächen in voll funktionsfähige Reptilienhabitate erfordert einen langen Zeitraum, insbesondere in Hinsicht auf die Nahrungssituation (Vorkommen ausreichender Menge an Beutetieren). In dem zitierten Fachartikel sind „in der Regel mindestens 5 Jahre“ genannt, dies stellt somit eine unzumutbare Verzögerung des Vorhabens dar. Von den Eingriffsflächen weiter entfernte, geeignete Biotoptypen befinden sich zwar im Naturschutzgebiet „Sielbektal, Kreuzkamper Seenlandschaft und umliegende Wälder“, diese sind jedoch bereits besiedelt und können nicht signifikant aufgewertet werden; ein Umsetzen würde hier mutmaßlich zur Überschreitung der Lebensraumkapazität führen.

Demzufolge ist für den Fall, dass eine hohe Anzahl an Individuen erneut oder auch erstmalig in das Baufeld einwandert, keine zumutbare Alternative zu den optionalen, ergänzenden Maßnahmen (s. Kap. 2.3) gegeben, die zwar die Tötung oder Schädigung von in das Baufeld

einwandernden Individuen nicht zweifelsfrei vermeidet, jedoch sicherstellt, dass der Erhaltungszustand der Population nicht verschlechtert wird.

3.2.3 Erhaltungszustand der betroffenen Art

Die wärmeliebende Zauneidechse erreicht in Schleswig-Holstein den nordwestlichen Arealrand und ist hier derzeit stark gefährdet. Sie befindet sich sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein sowie unabhängig von der atlantischen oder kontinentalen Region in einem ungünstigen/unzureichendem Erhaltungszustand (LLUR-SH 2019). Der Schwerpunkt der Vorkommen liegt in den süd(öst)lichen Landesteilen. Lokal finden sich dort in guten Habitaten durchaus individuenstarke Populationen.

Da die Voraussetzung für den dargelegten Fall eine sehr hohe Individuendichte im Abfangbereich ist, ist dann von einer großen (Teil-)Population auszugehen. Eine Tötung oder Schädigung von einzelnen Individuen, die auf den nicht umzäunten Teil der Baufelder einwandern, führt folglich nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der im Plangebiet lebenden Teilpopulation. Es ist dabei zu bedenken, dass aufgrund der Standorttreue der Tiere nur ein kleiner Teil der Population in das Baufeld einwandern würde. Die umliegenden Flächen, die nicht für das Vorhaben genutzt werden sowie die für Zauneidechsen aufgewerteten Ausgleichsflächen blieben weiterhin besiedelt. Ferner werden nicht bei jeder Baufläche oder Zuwegung die Schutzzäune entfernt, sondern nur auf dem Teil der Baufelder, bei denen von einer Standzeit von 1-2 Jahren auszugehen ist. Die Bauausführung ist zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht so weit fortgeschritten, dass diese im Antrag im Detail benannt werden können.

Beeinträchtigungen des Erhaltungszustandes der Art auf Ebene der biogeographischen kontinentalen Region, auf Ebene des betroffenen Naturraums Östliches Hügelland und auch auf regionaler Ebene sind demnach ebenfalls sicher auszuschließen.

Es ist zudem zu beachten, dass über einen längeren Zeitraum betrachtet nach Abschluss der Baumaßnahme und Errichtung der Freileitungen die in Karte 1 beschriebenen Flächen (bis auf die wenigen versiegelten Quadratmeter des Fundaments) den Individuen wieder vollumfänglich zur Verfügung steht.

Die Erteilung der Ausnahme führt demnach nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der Zauneidechse. Die Voraussetzungen einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG liegen vor.

4 Quellenverzeichnis

Klinge, A. und C. Winkler (2019): Die Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins - Rote Liste. LLUR. Flintbek.

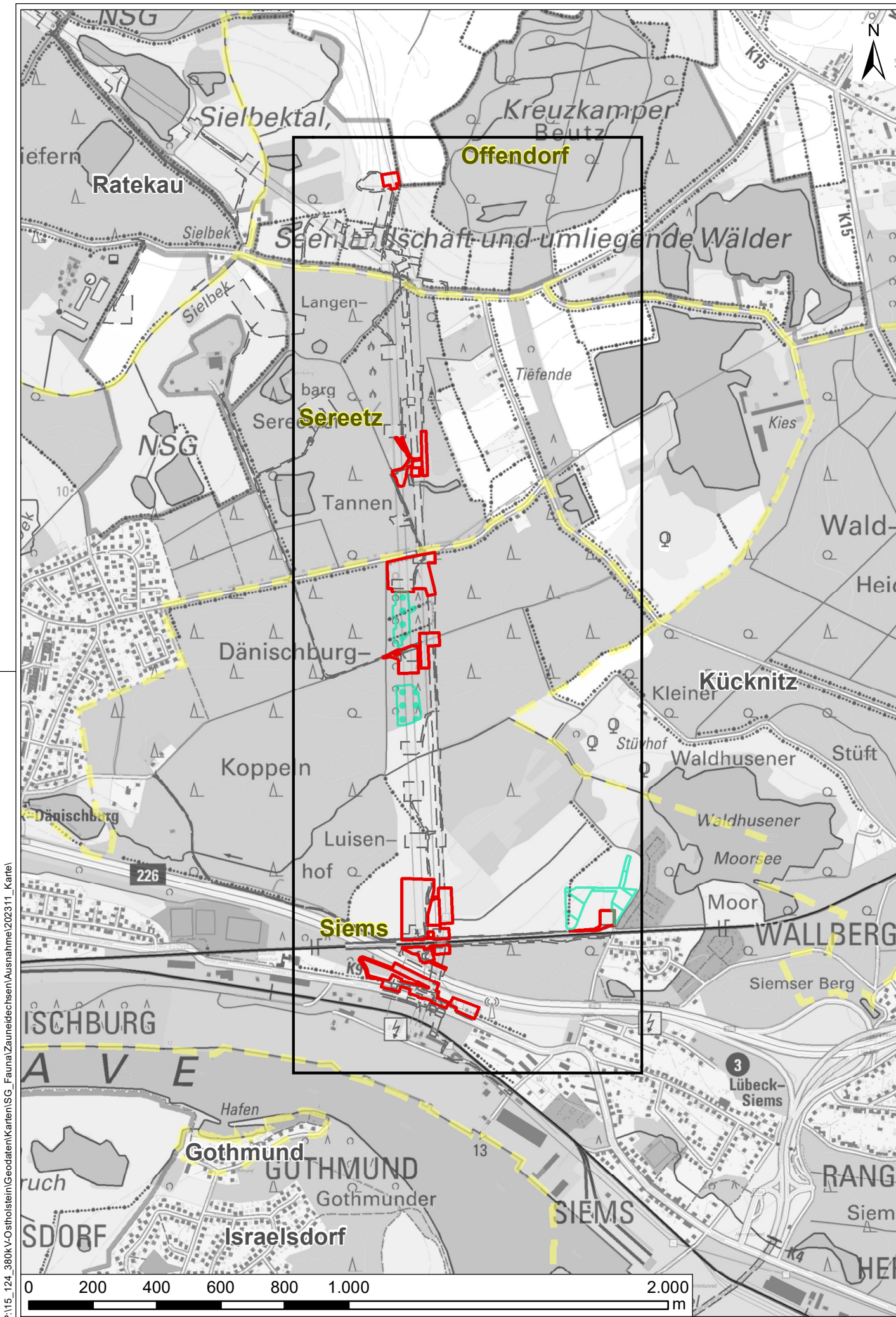
LLUR-SH (2019): Erhaltungszustand der Arten des Anhangs II und IV der FFH-Richtlinie. Ergebnisse in Schleswig-Holstein für den Berichtszeitraum 2013-2018. Einzelparameter und Gesamterhaltungszustand.

Schneeweiss, N., I. Blanke, E. Kluge, U. Hastedt und R. Baier (2014): Zauneidechsen im Vorhabensgebiet - was ist bei Eingriffen und Vorhaben zu tun? Rechtslage, Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der aktuellen Vollzugspraxis in Brandenburg. Naturschutz und Landschaftsplanung in Brandenburg (23): 4–22.

5 Anhang

5.1 Karte

Karte 1: Zauneidechse: Eingriffsbereiche und Ausgleichsflächen



Legende

Baufeldfreimachung mit Konflikt für Zauneidechsen

Arbeitsflächen inkl. Provisorien

Probeflächen mit Nr.

Vorhabenbezogener Ausgleich

Temporäre Anlage eines Ausweichhabitats für die Zauneidechsen während der Bauphase

Dauerhafte Anlage eines Ausweichhabitats für die Zauneidechsen

Artnachweise Kartierung^[1]

Blindschleiche

Ringelnatter

Zauneidechse

Artnachweise LfU^[2]

Blindschleiche

Ringelnatter

Waldeidechse

Zauneidechse

Sonstiges

Flurstücke der Abfang- und Ausgleichsflächen

Gemarkung

Kartengrundlagen:

[1] Erfassung der Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung (GFN mbH), 2017

[2] Arten- und Fundpunktkataster des Landesamtes für Umwelt (LfU) Stand: 2023

Kartengrundlage: ©GeoBasis-DE/LVermGeo SH/CC BY 4.0

Projekt:

380-/110-kV-Leitung Raum Lübeck - Siems, LH-13-330/ LH-13-183

Titel:

Zauneidechse: Eingriffsbereiche und Ausgleichsflächen

Auftraggeber:

Tennet
Bernecker Straße 70
95448 Bayreuth

Schleswig-Holstein Netz
Schleswig-Hein-Platz 1
25451 Quickborn

GFN
Gesellschaft für
Freilandökologie und
Naturschutzplanung mbH
Stuhagen 25 - 24113 Molfsee
T: +49 4347 99973 0

Datum:	Name:
gezeichnet: 16.10.2023	A. Andersen
ztl. geändert: 27.11.2023	A. Andersen
geprüft: 27.11.2023	L. Raudenkorb

Maßstab: 1:4.000